

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerelarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post 3 M., unter Strolchband 6,50 M.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenauer I :: Fernruf: Moritzplatz 3725

Erscheint wöchentlich Sonnabends

In der Zeit vom 12. bis 18. Dezember ist der Beitrag für die 51. Woche fällig.

Trotz wiederholter Mahnungen an die Kassierer und Vorsitzenden durch die Hauptkasse und die Gauleiter haben folgende Verwaltungen noch immer nicht die Abrechnung für das 3. Vierteljahr geleistet: Augsburg, Worms, Köstritz, Liegnitz und Landsberg.

Wir wenden uns nunmehr an die Mitglieder dieser Verwaltungen mit dem Ersuchen, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Vorstände ihren Pflichten ungesäumt nachkommen. Ist die Abrechnung nicht bis zum 15. d. M. in unserm Besitz, wird die Zeitungssendung eingestellt.

Füllt die Lehrlingsstatistikbogen sofort aus! Falls Fragebogen fehlen, ist sofort bei der Hauptverwaltung nachzubestellen. Wie wichtig diese Umfrage ist, beweist das Beispiel Heilbronn, wo bei 13 Gehilfen 54 Lehrlinge beschäftigt werden! An den Pranger mit diesen gewissenlosen, junges Menschenglück zerstörenden Unternehmern!

Arbeitslosenstatistik für November. Die Karten sind allen Verwaltungen zugestellt. Wir ersuchen um sofortige Ausfüllung und Rücksendung. Die Hauptverwaltung.

Die Gärtnerbewegung Bayerns 1920.

Lebe, strebe Du
ringend ohn' Ermatten
dürstend' ohn' Ersatten
neuem Leben zu.

Zahlen sind im allgemeinen trocken, ohne Seele, doch wenn sie mit einer organischen Masse verbunden sind, dann bekommen sie Leben und Gehalt; sie geben ein reales Bild.

Wenn wir die Statistik unseres Verbandes durchsehen, dann fallen uns unwillkürlich die hohen Zahlen auf, die während des laufenden Jahres im ganzen Reiche für Bildungszwecke, Schulen, Kurse, aber auch für Streiks geopfert worden sind. Bayern steht dabei mit an erster Stelle; es wurde hier eine Gesamtsumme von 42 126,30 Mk. für den Kampf um bessere Menschenrechte geopfert. In Nachfolgendem will ich klar legen, ob unser Kampf nutzlos oder von Erfolg war.

Bayern ist heute der Hort der Reaktion, wirtschaftlich wie politisch, denn durch den Rückschlag, den es seit der „Räterepublik München“ im Mai 1919 erlitten, gelang es der Militärkaste, sich wieder in den Sattel zu schwingen. Ausnahme Gesetze, Belagerungszustand, Standgericht und sogenannte Volksgerichte wuchsen wie Pilze aus der Erde und saugten dem jungen Trieb der aus der Revolution gewonnenen Errungenschaften, den letzten Saft aus den Zellen.

Mit der politischen Niederlage Bayerns setzte auch die wirtschaftliche ein. „Rechtsfragen sind Machtfragen“, dies haben wir hier klar zu sehen bekommen, denn das gesamte Unternehmertum stand wie ein Mann gegen uns auf; der Achtstundentag muß vernichtet werden, so hieß ihre Parole. Die Frühjahrsverhandlungen mit den Arbeitgebern der Erwerbsgärtnerei 1920 zeigten uns einen unerbittlichen Gegner; Lohn sollt ihr haben, was ihr verlangt, auch einen Landestarifvertrag für ganz Bayern, aber unter der Bedingung des Zehn-, nein, des Elfstundentages. Diese maßlos unsoziale Forderung öffnete allen den Kollegen die Augen, die bisher noch Erfolge von einem friedlichen Verhandeln und Schachern am grünen Tisch erhofft hatten. Nachdem die Arbeitgeber sich dem Landesverband land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber (Fachauschuß für Gärtnerel) angeschlossen hatten, wurde ihre Haltung noch rücksichtsloser und sie bewiesen dies durch ihr schroffes, juristisch durch und durch winkeifüßiges Handeln beim Besprechen der Richtlinien des zukünftigen Landestarifes.

Nach der Branchenaufstellung unseres Verbandes von 1920 gehören 25 % unserer Mitgliedschaft im Reiche der Handelsgärtnerei, 12 1/2 % der Landschaftsgärtnerei und 5 1/2 % der Staatsgärtnerei an. In Bayern ist der Prozentsatz etwas anders. Hier stehen an erster Stelle die Staatsgärtner, dann die Landschaftsgärtner und an dritter Stelle die Kollegen aus der Handelsgärtnerei. Eigentlich darf man nur zwei Arten nennen: 1. die Kollegen der Staatsgärten, und 2. die Kollegen der Gewerbegärtnerei, d. h. Landschafts- und Handelsgärtnerei. Ihr Kräfteverhältnis ist ziemlich dasselbe. Bis heute haben es aber die Staatsgärtnerkollegen noch nicht verstanden, eine gemeinsame Front bei Lohnbewegungen mit den Kollegen der Gewerbegärtnerei zu bilden und ist dies mit ein wesentlicher Grund, warum der Landestarif für beide Teile nicht den Erwartungen der Kollegenschaft entsprach. Dies sei der Kollegenschaft Bayerns hier ausdrücklich gesagt!

Was steht denn einem Zusammengehen beider Sparten heute noch im Wege? Die Staatsgärtenverwaltung, die sogenannte ehemalige Kronrentverwaltung, hat sämtliche Abschlußangelegenheiten demselben Landesverband übergeben, dem auch die Arbeitgeber der Gewerbegärtnerei sich angeschlossen haben, nur die Staatsgärtner selbst werden noch durch einige Pfennige mehr Lohn von uns getrennt. Wisset auch, Kollegen, daß dies die Taktik des Kapitals von jeher war, um die Einigkeit der Arbeiter zu verhindern! Oder habt ihr vielleicht euren Mangel an Solidaritätsgefühl dadurch, daß ihr hochwohlhüllliche Staatsgärtner seid und die Kollegen der Gewerbegärtnerei nur als sogenannte Kräuter betrachtet? Kollegen, ich kenne euch alle, habe mitten unter euch als Mitglied, als Arbeiter, als Gärtner gelebt, in euren schwersten Tagen habe ich mit euch zusammen im Kampf gestanden und eure Licht- und Schattenseiten kennen gelernt. Starke ethische Kräfte habt ihr entwickelt, fest und treu standet ihr Kollegen der Gewerbegärtnerei in euren Lohnkämpfen und in dem Kampf um bessere Menschenrechte zusammen, doch die Einheitsfront aller fehlte leider!

Erst drei Wochen hindurch Verhandlungen, dann 14 Tage Streik dazu, das macht fünf Wochen, und das alles bei dieser schweren Zeit, unter diesen reaktionären Verhältnissen, in die wir gerade hineingerieten und auch unter der wirtschaftlich so schlechten Lage jedes Kollegen. Bei den Hungerlöhnen hatte sich kein Kollege etwas sparen können, nein, verschuldet und verlumpft waren wir alle, die verheirateten und auch zum großen Teil die ledigen Kollegen, ohne Kampffront streikten wir, nur den eisernen Willen und das glühende Herz in der Brust. Und als die Herren Arbeitgeber in den ersten acht Tagen des Streiks noch nicht an die Solidarität der Gesamtkollegenschaft der Gewerbegärtnerei glauben wollten und nicht von der Forderung des Zehn- und Elfstundentages abgehen wollten, da brach der verschärfte Streik über ganz Bayern aus, und nach weiteren acht Tagen krochen die Herren Arbeitgeber zu Kreuze. Zwei Wochen hatten die Kollegen der Gewerbegärtnerei gehungert und gedarrt, hatten die schärfste Waffe jedoch mutig und treu geführt und manchem Arbeitgeber wird noch heute grauen, wenn er an die hohen Summen seines Verlustes gedenkt, den ihm sein unsoziales Verhalten den Forderungen seiner Arbeiter gegenüber zu verdanken hat.

Kollegen der Gewerbegärtnerei Bayerns, ihr habt dieses Jahr gezeigt, was Einigkeit, was Solidarität heißt, das persönliche Interesse habt ihr dem Allgemeininteresse der Gesamtkollegenschaft auf dem Lande geopfert, indem ihr den Grundstein zu einem Landestarifvertrag für das Gebiet des „Frei“staates Bayern geschaffen habt — nun gilt es auf- und auszubauen. Kollegen, die Arbeitgeber rüsten schon wieder für den Elfstundentag, seid auf der Hut, wacht und vergesst nicht, daß wir unsere höchste und wirkliche Errungenschaften der Revolution, den Achtstundentag, durch verstärkte Solidarität wieder zurückerobern müssen. Die Kollegen

der Gewerbegärtnerei dürfen nächstes Jahr ebensowenig allein kämpfen wie die Kollegen der Staatsgärtnerei. Ihr habt dieses Jahr die Probe innerhalb jeder Sparte abgelegt, nun gilt es einen neuen Kampf, das Verlorene muß wieder gewonnen werden und ihr könnt es gewinnen, aber nur dann, wenn ihr einig seid.

Die Gesamtkollegenschaft Bayerns muß dieses Jahr wie ein Mann in dem Kampf um die Verbesserung der Lebenslage zusammenstehen. Wenn es auch heute nicht mehr möglich ist, einen Einheitstarif für beide Sparten (Staats- und Gewerbegärtnerei) zu schaffen, so müssen wir uns doch in allen Grundfragen der Gärtnerbewegung zusammenfinden und gemeinsam beraten. Unsere Taktik muß von dem Gedanken ausgehen: Getrennt marschieren, doch vereint schlagen.

Georg Koch, München.

Das soziale Verständnis unserer Arbeitgeber.

Oft schon wurde die Lehrlingsfrage des Gärtnerberufes von unserer Organisation aufgerollt, doch noch nie gelang es infolge der Schwerhörigkeit der Behörden, Durchgreifendes zu erreichen. War die Lehrlingsfrage schon immer in unserem Berufe akut, so wird sie dies aber gerade in der letzten Zeit in einem Maßstabe, daß es nicht mehr Sache unserer Organisation allein, sondern Sache der gesamten Arbeiterschaft und der Allgemeinheit geworden ist, hier Abhilfe zu schaffen. Die jüngsten Ereignisse und das jetzige Verhalten speziell unserer bayrischen Arbeitgeber erschrecken, unbedingt das Interesse der Allgemeinheit und der Behörden vermehrt auf diese Frage zu lenken. Wagen doch maßgebende Arbeitgeber nicht nur die Lehrlingszüchterelei zuzugeben, sondern sie erklären sogar zynisch in dem Bewußtsein ihrer Macht und der Untätigkeit der Behörden, daß diese Zustände noch viel schlimmer werden.

Herr Ortman-Nürnberg erklärte bei einer Verhandlung vor dem Landeseinigungsamt München, daß die Gärtnergehilfen in den nächsten Jahren gar keine Aussicht haben, im Berufe ihr Auskommen zu finden, die Arbeitgeber werden sich immer mehr mit Lehrlingen und ungeleiteten Kräften behelfen.

Die Arbeitgeber, Herr Ortman ist Geschäftsführer des bayerischen Gärtnervereins, wissen also ganz genau, daß die Zahl der in Ausbildung stehenden Lehrlinge in keinem berechtigtem Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Gehilfen steht, daß sie bedeutend mehr Lehrlinge heranziehen, als sie beschäftigen wollen; daß sie mit diesem Vorgehen so unsozial handeln, wie es kaum die Arbeitgeber in einem anderen Berufe tun; aber wie die Katz die Mause nicht lassen kann, kann es sich anscheinend die Mehrzahl unserer Arbeitgeber nicht versagen, die Lehrlinge als billige Ausbeutungsobjekte zu betrachten.

Herr Ortman versuchte zwar die Pille mit der heuchlerischen Äußerung zu verzuckern, daß die Arbeitgeber über diese Verhältnisse am allertraurigsten sind; wir haben uns aber leider schon des öfteren mit dem sozialen Verständnis des Herrn Ortman beschäftigen müssen und zwar in einer Weise, daß wir der Meinung sind, daß dieses besser in das Mittelalter denn in die heutige Zeit passe.

Dieser Herr scheint kein Verständnis dafür zu haben, daß es für sozial denkende Menschen ein Verbrechen ist, junge Menschenkinder als Lehrlinge drei Jahre in vielfach die gesetzlichen Bestimmungen weit überschreitender Arbeitszeit auszunutzen, sie in einem Berufe auszubilden, der dann gar nicht in der Lage ist, die Ausgebildeten zu ernähren. Die Reaktionen fühlen sich so sicher, daß sie den Arbeitnehmern gegenüber offen erklären, daß das in Zukunft noch viel schlimmer werde. Höher kann man wohl Privolität und Übermut nicht mehr treiben! Für uns gibt es nichts anderes, als: an den Pranger mit solchen Geschäftspraktiken und nicht früher gerührt, bis es in unserem Berufe auch in diesem Punkte ein Recht der Arbeitnehmer, der Ausbeuteten, ein Gesetz gegen die Ausbeuter gibt!

Wenn dann Herr Ortman als Unternehmer nicht mehr bestehen kann, dann soll er selbst wieder einmal versuchen, wie schön es ist, sich im Gärtnerberufe durch seiner Hände Arbeit sein Brot zu verdienen gemäß seinem bei jeder Verhandlung verkündeten Wahlspruch: Fröhlich auf, spät nieder, rasch schnell und an die Arbeit wieder! Aber dies gilt doch wohl nur für die Arbeitnehmer; denn dem Aussehen der Arbeitgeber bei den Verhandlungen nach zu schließen, müssen diese doch wohl unter etwas anderen Bedingungen wie die Gehilfen leben.

Für den Arbeitnehmer als Leidtragenden bei dieser Profitpolitik der Arbeitgeber kann es im Interesse der Allgemeinheit und des Ansehens des Berufes nur ein geben: Es werde Licht auch über den schmachtvollen Verhältnissen in unserem Berufe! Kollegen und Kolleginnen! Bis die gesetzliche Regelung kommt, benutze

jede Gelegenheit, vor der Erfierung unseres Berufes zu warnen, um die Zahl der Opfer der unheilvollen Profitpolitik unserer Arbeitgeber in bezug auf die Lehrlingszüchterelei nach Möglichkeit einzuschränken.

Wir rufen hiermit gegen diese Machenschaften einer stockreaktionären Arbeiterschaft die Hilfe der Behörden an, hier endlich einmal einzugreifen, die Lehrlingsausbildung in der Gärtnerei gesetzlich zu regeln.

Karl Rüdinger, Nürnberg.

Eine feine Firma.

Als ein Mann von rassereinem Unternehmertyp, rücksichtslos gegen die bei ihm Beschäftigten, ist Herr Rulmann Grisson, Baumschulbesitzer in Saselheide, und Sozialistenfresser reisten Wassers weiten Kreisen bekannt. Vor dem Kriege verlangte er von seinen Leuten durch Unterschrift, daß sie der Sozialdemokratischen Partei nicht angehören dürften und wenn ihnen von sozialdemokratischen „Umtrieben“ in der Firma etwas bekannt würde, sollte dies sofort von ihnen gemeldet werden, bei Androhung sonstiger sofortiger Entlassung.

Wenn wir an dieser Stelle nochmals darauf zurückkommen, so nicht deshalb, weil wir Herrn Grisson die Ehre antun wollen, uns mit seiner Person zu beschäftigen, sondern weil wir der Kollegenschaft einmal zeigen wollen, auf welchen Standpunkt ein Teil des Unternehmertums, zu welchen auch Grisson gehört, der sich nicht genug rühmen kann, daß er die bei ihm Beschäftigten immer als seine werten „Mitarbeiter“ bezeichnet, schon wieder angekommen ist.

Als im November 1918 der Krieg zusammenbrach und die Möglichkeit des drohenden Zusammenbruches auch des wirtschaftlichen Lebens uns allen vor Augen stand, hatte es das Unternehmertum sehr eilig, eine Möglichkeit zu schaffen, welche ihnen die Garantie gab, daß die Arbeiterschaft, welche das Heft in die Hand genommen hatte, nicht über sie glatt zur Tagesordnung überging.

Dies wurde denn auch durch die Schaffung von Arbeitsgemeinschaften in größtem Maße von ihnen erreicht, weil sich die Arbeiterschaft in ihrer Mehrzahl nicht der Überzeugung verschließen konnte, daß eine Erhaltung, noch mehr ein Wiederaufbau des gesamten Wirtschaftslebens unter den damaligen und auch noch jetzt bestehenden Verhältnissen ohne das Unternehmertum sehr in Frage gestellt wäre.

Damals hatte auch Herr Grisson, wir dürfen es wohl nicht mit Unrecht annehmen, aus reiner Angst um seinen Geldbeutel, seine Abneigung gegen die sonst verhassten „Roten“ und gegen den Verband überwand und durch Verhandlung mit der Organisation die Lohnverhältnisse in seinem Betrieb tariflich geregelt.

Heute steht derselbe Herr schon auf einem ganz andern Standpunkt, weil er glaubt, die Reaktion sei bereits wieder so kräftig, daß er den starken Mann und den „Herr-im-Hause“-Standpunkt vertreten kann.

Mit allen Mitteln suchte er zu erreichen, daß die dort Beschäftigten sich von ihrer Organisation abwandten. Wie nun aber doch die Beschäftigten bei ihren Hungerlöhnen den Verband mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragten, erklärte Herr G.: „Mit dem Verband verhandele ich nicht mehr, der hat mich zu gemein behandelt.“ Auf die Frage, womit dieses seinerseits begründet würde, antwortete er: „Sie haben stets gegen meine Interessen gehandelt.“

Also, Kollegen, hier gibt der gute Mann einmal unbewußt zu, daß der Verband die Interessen der Kollegen gut vertreten hat, was nach seiner Auffassung eine Gemeinheit ist. Deswegen muß man auch jede Verhandlung strikte ablehnen, denn dadurch werden die Arbeiter nur frecher.

Dann ertönt auch der leider schon so oft gehörte und deshalb längst veraltete Spruch: „Meine Leute sind alle zufrieden und wollen nicht mehr mit dem Inn so richtig kennzeichnenden Zusatz: „Es sind nur ein paar Unzufriedene und die müssen raus!“

Kollegen, dieser Fall steht nicht einzeln da. Überall werden die Unternehmer frecher, dabei werden Hungerlöhne geboten, bei denen keiner leben kann.

Wollen wir wieder etwas weiter kommen, so kann uns nur die restlose Organisation aller in unserm Berufe Tätigen helfen. Dazu muß jeder sein Teil beitragen. Tritt uns dann so ein Unternehmer entgegen, werden wir einmal das alte, aber noch immer gute Wort anwenden: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.“ Mit solchen Leuten anständig zu verfahren, hat wirklich keinen Zweck, da muß man schon grobes Geschütz auffahren.

Rango.

Arbeitskämpfe und Tarife

Essen. Der Lohnstarf wurde mit Wirkung vom 23. Oktober für Landschaft um 50 Pfg., für Topfpflanzen um 25 Pfg. die Stunde erhöht. Pflicht der Kollegen ist es, darauf zu achten, daß die Zah-

lungen erfolgen. Nähere Auskunft in der Geschäftsstelle, Steelerstraße 17.

Gumblinnen. (Tarifvertrag.) Arbeitszeit im Winterhalbjahr acht, im Sommerhalbjahr neun Stunden täglich. Lohn für Gehilfen 50 Mk. wöchentlich bei freier Station, letztere kommt mit 9 Mk. täglich in Ansatz. Werden Stundenlöhne ohne Unterkunft und Verpflegung gezahlt, so kommen unter Anrechnung einer 48-stündigen Arbeitswoche der Wochenlohn und Wert der freien Station zur Berechnung des einzelnen Stundenlohnes. Die genannten Löhne finden keine Anwendung auf Gehilfen, die ihre erste Stelle nach beendeter Lehrzeit bekleiden. Diese unterliegen der freien Vereinbarung. Wird der Ausgelernte in demselben Betrieb nach Beendigung der Lehrzeit weiter beschäftigt, so gilt dies als erste Stelle. In den Landschaftsgärtnereien beträgt die Arbeitszeit im Sommer und Winter durchschnittlich acht Stunden. In diesen Betrieben erhalten die Gehilfen 30 % Zuschlag zu den festgesetzten Löhnen.

Privatgärtnerei

Ortsgruppe Westhavelland. Am 21. Nov. tagten die Gutsärtnere der Ortsgruppe Westhavelland in Retzow bei dem Senior der Gruppe, dem 69 Jahre alten Gutsärtnere Wilhelm Flemming. Dieser steht seit 43 Jahren im Dienste der Familie von Bredow, war aber einer der Ersten, als es galt, eine Ortsgruppe zu gründen. Er hält es für eine Ehrensache, bei jeder Versammlung und dergleichen anwesend zu sein, vielen jüngeren Kollegen zum Vorbild! Wir alle danken ihm noch auf diesem Wege für die überaus freundliche Bewirtung und hoffen, ihn noch recht oft in unseren Versammlungen begrüßen zu können. **Gottschalk.**

Staats- und Gemeindegärtnerei

Zur Neuregelung des Groß-Berliner Parkwesens.

Durch den einmütigen Widerspruch aller beteiligten Fachleute und Organisationen ist es gelungen, die beabsichtigte Zuteilung des gesamten Berliner Parkwesens zur Hochbauverwaltung aufzuheben und dieses dem Dezernat für Wohnungs- und Siedlungswesen zu unterstellen. Damit ist einem dringenden Bedürfnis abgeholfen, denn es gilt, die Kommunalisierung der Friedhofsbetriebe und die Einführung produktiver Zweige vorzubereiten, was nur durch Fachleute geschehen kann. Bei der geplanten Einteilung wäre überdies der alte Kampf zwischen Bau- und Gartenkünstlern wieder aufgewärmt worden, wobei bekanntlich die ästhetischen und kulturellen Aufgaben des Park- und Gartenwesens immer zu kurz kommen.

Lehrlings- und Bildungswesen

Die Moral der Lehrlingszüchter.

Viel Worte über die Gesinnung der Lehrlingszüchter sind schon verloren, aber diese Herren kennzeichnen sich immer wieder selbst. Ein Armutszeugnis, welches uns gleichzeitig zeigt, wie tief die Moral dieser Herren gesunken ist, stellte sich aber wieder einmal bei einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß der Gemüsezüchter **H. Rade in a n n**, seines Zeichens Lehrlingszüchter an gros, Kiel-Hasseldeksdamm, aus.

Dieser Herr beschäftigt neben einem Gehilfen stets 3—4 Lehrlinge. Die Arbeitszeit dehnt man je nach Bedarf auf 10—12 Stunden aus und zahlt dann dem Gehilfen das hörende Gehalt von 30 Mk. pro Woche bei freier Station. Da nun der dortige Tarif verbindlich erklärt ist, forderte der Kollege den tariflichen Lohn und entsprechende Nachzahlung. Die Antwort darauf war die Entlassung. Bei den späteren Verhandlungen wollte man erst Landwirt sein, als dann aber der Schlichtungsausschuß anders entschied, suchte man einen andern Weg und erklärte, der Gehilfe ist nicht vollwertig. Was dies bedeutet, begriff man erst, wenn man weiß, daß der Kollege bei dem Herrn gelernt hat und nachdem ein Jahr als Gehilfe dort tätig war. Man schämt sich also nicht, wenn es um den Geldbeutel geht, zuzugeben, daß man nicht fähig ist, Lehrlinge auszubilden. Diese Tatsache schaffen auch die schönsten Worte nicht aus der Welt.

Es beweist uns dieses wieder einmal, daß man um des schönen Profites willen Lehrlinge über Lehrlinge zieht, den Gehilfen aber mit Bettelgrochen abspeset und sich den Teufel darum schert, ob diese auch später mal vorwärts kommen können. Ob solcher Moral findet man nur ein Pfui Teufel.

Unsere Pflicht aber ist es, uns mit allen Mitteln für eine baldige gesetzliche Regelung der ganzen Frage einzusetzen.

Totte.

Rundschau

Aus dem Gärtnerausschuß für Brandenburg.

Am 8. November fand in Berlin eine Sitzung des genannten Ausschusses statt, in der an Stelle des verstorbenen Gärtnerbesitzers **Ernst-Charlottenburg Herr Platz-Charlottenburg** gewählt wurde. Dann gab Herr Dr. Ebert einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben, aus denen die Schwierigkeiten der weiteren Geschäftsführung ersichtlich wurden, da schon jetzt ein Defizit von 10 460 Mk. vorhanden ist. Er glaubt aber, daß durch entsprechende Staffierung der freiwilligen Beiträge die Tätigkeit des Ausschusses weiterhin fortgeführt werden könne, was vor allem von der Anstellung eines Geschäftsführers abhängt. **Weilmann** und **Reinhold** konnten eine Beteiligung an der Deckung des Fehlbetrages nicht in Aussicht stellen, weil die Tätigkeit des Gärtnerausschusses positive Erfolge infolge mangelnder gesetzlicher Unterlagen nicht aufzuweisen habe. Erst wenn die paritätische Zusammensetzung gewährleistet sei, würde auch die Beitragsleistung der Arbeitnehmer geregelt werden können.

Dann wurde der Bericht über die letzten Lehrlingsprüfungen und über den Stand der Anerkennung von Lehrwirtschäften und des Fachfortbildungsschulwesens entgegengenommen. Wenn auch die Anmeldungen zur Lehrlingsprüfung noch mangelhaft sind, konnte doch ein gewisser Fortschritt verzeichnet werden. Die Prüfungsgebühren für Lehrlinge sollen möglichst 25 Mk. nicht überschreiten, für die Prüfungen auf Anerkennung wurde ein Beitrag von 50 Mk. beschlossen, falls der Antrag nach dem 1. Januar 1921 erfolgt.

Die Anträge auf Anerkennung laufen außerordentlich mangelhaft ein, so daß bisher beklagte Mißstände noch immer nicht beseitigt werden konnten. Anschließend wird die Anerkennung für vier Lehrwirtschäften abgelehnt. Die Gruppe Brandenburg a. H. des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe will nun dann ihre Gärtnereien anerkennen lassen, sofern ihr keinerlei Vorschriften über das Halten von Lehrlingen gemacht werden. Dies Ansinnen wurde zurückgewiesen. Es sollen ferner alle nichtanerkannten Lehrwirtschäften in einer besonderen Liste zur Einsichtnahme der Interessenten verzeichnet werden. Ein Antrag **Weilmann**, neue Richtlinien über die Zahl der Gärtnerlehrlinge aufzustellen, kam nicht mehr zur Annahme, weil die Unternehmerverbände erst darüber beraten wollen. **Reinhold** appellierte an das Ehrgefühl der Unternehmer, die Lehrlingsschmach zu beseitigen und stellte den Antrag, das Ministerium für Landwirtschaft zu ersuchen, die Bestimmungen über das Lehrlingswesen zum Gesetz zu erheben. Dazu bemerkte Dr. Ebert, daß eine solche Eingabe bereits beim Ministerium eingereicht worden sei. Hierauf wurde noch über die an verschiedenen Orten gemachten Erfahrungen in der Einrichtung von gärtnerischen Fachklassen verhandelt.

Warnung!

In der „Gartenwelt“ und anderen Fachzeitschriften verspricht ein gewisser **Warnke** aus Essen durch Inserat hohen Nebenverdienst gegen Einzahlung von 2 Mk. Die Einsender erhalten dann die Ankündigung eines Buches, das für 12 Mk. zu beziehen ist und auf diese Weise sucht er sich auf Kosten anderer ein angenehmes Leben zu machen. Wir warnen hierdurch unsere Mitglieder vor diesem Schwindler.

Ein feiner Unternehmer.

Als Ausbeuter ersten Ranges betätigt sich der Gärtnerbesitzer **Karl Reichardt** in Voigtstedt bei Artern. Er beschäftigt einen Gehilfen für monatlich 120 Mk. bei freier Station und unbegrenzter Arbeitszeit. Um 9 Uhr gibt's das erste Frühstück. Dieser bedauernswerte Kollege ist nur deswegen so hereingefallen, weil er als Schwede der deutschen Sprache nicht mächtig ist und so dem Herrn Reichardt ins Netz gelaufen ist. Ob sich Herr R. nicht schämt, die Notlage eines Menschen, der unter diesen Umständen besonderer Hilfe bedarf, kaltblütig so auszubeuten? Wie würde ihm wohl selbst zumute sein, wenn ihm ein anderer zumute, mit diesem Betrag sein Leben zu fristen. Hoffen wir, daß auch dort die Organisation recht bald festen Fuß faßt, um derartige Zustände zu beseitigen.

Ein diebischer Gärtnerbesitzer.

Dem „Groß-Lichterfelder Lokal-Anzeiger“ entnehmen wir folgendes Geschichtchen: In Seehof bei Teltow und dessen näherer Umgebung kamen schon seit Wochen und Monaten zahlreiche Felddiebstahle vor, ohne daß es gelang, die Täter zu ermitteln. Der Verdacht lenkte sich schließlich auf den Gärtnerbesitzer **Borzeschowski** in Seehof. Eine Hausdurchsuchung ergab tatsächlich das Vorhandensein zahlreicher gestohlener Gegenstände. B. hat seinen Sohn und seinen Gärtnerlehrling zu Diebstählen anbestiftet. Die jungen Leute haben die Gärtnereien der Umgegend

heimgesucht und sind bereits in 15 Fällen geständig. Vielfach handelt es sich um Einbruchsdiebstähle. An Zäunen wurde der Draht zerschnitten, Latten abgebrochen und dann in den Garten eingedrungen. Gestohlene Latten und Handwerkszeug hat B. für sich verwendet, aus gestohlenem Tannengrün hat er Kränze hergestellt. Der größte Teil der gestohlenen Sachen konnte wieder herbeigeschafft werden, darunter befindet sich auch ein neuer Spaten und eine Säge.

Ein feiner Erzieher! Hoffentlich wird ihm die Berechtigung zur Lehrlings„ausbildung“ recht bald entzogen.

Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe!

In Hamburg ist vor kurzem der in der Überschrift bezeichnete Verband gegründet worden. Damit ist eine Zentralstelle geschaffen, die nicht nur Stützpunkt der bestehenden sozialen Baubetriebe sein, sondern die auch die Gründung neuer, gut organisierter und geleiteter sozialer Baubetriebe fördern und unterstützen und die später zur Trägerin der Sozialisierung des gesamten deutschen Baugewerbes werden soll.

An der Gründungsversammlung nahmen u. a. die Verbände der Bauarbeiter, Maler, Zimmerer, Töpfer, Dachdecker, Asphaltreure, Steinsetzer sowie der Bund der technischen Angestellten usw. teil.

Das Gesellschaftskapital beträgt einstweilen 5 Millionen, von denen 4 1/2 Million vom Deutschen Bauarbeiterverband gezeichnet worden sind. Verschiedene andere Verbände haben ihre spätere Beteiligung in Aussicht gestellt.

Auch wir haben mit diesem Unternehmen Fühlung genommen, um für die Landschaftsgärtnerei entsprechende Verbindung zu bekommen. Dieser Verband ist eine durchaus gemeinnützige und gemeinwirtschaftliche Körperschaft, das ergibt sich auch aus der Verwendung der Überschüsse usw. Die Verwaltung ist in Berlin W. 9, Linkstr. 17.

Praktischer Sozialismus in England.

Unter den Bauarbeitern Großbritanniens macht, wie „Federated Press“ mitteilt, der Gildensozialismus erhebliche Fortschritte. In Nordengland und in Wales sind bereits Bauarbeitergilden fleißig am Werk und errichten Häuser für die Gemeinden. Die Londoner Bauarbeitergilde hat mit der Gemeinde Walthamstow (London-Ost) einen Vertrag auf den Bau von 450 Einfamilienhäusern abgeschlossen. Die Großeinkaufsgenossenschaft (Cooperative Wholesale Society) liefert die Baumaterialien; der Genossenschaftliche Versicherungsverein (Cooperative Insurance Society) übernimmt die Feuerversicherung und die Garantie gegen Verluste. Ein ähnlicher Vertrag wird gegenwärtig zwischen den Gilden und dem Gemeinderat von Greenwich perfekt. Das Gesundheitsamt erklärte sich voll und ganz zufrieden mit den von den beiden Vertragspartnern getroffenen Maßnahmen. Die Gilden haben die volle Unterstützung des nationalen Verbandes der Bauarbeiter Großbritanniens. Mit großem Interesse blicken die englischen Sozialisten und Sozialreformer auf die Experimente der Bauarbeitergilden.

Neuregelung der Angestellten-Versicherung.

Es ist geplant, die Versicherungsgrenze auf 30 000 Mk. unter Einfügung von sieben neuen Gehaltsklassen zu erhöhen. Außerdem soll endlich an Stelle des Kontensystems das Markensystem eingeführt werden, wahrscheinlich, weil sich niemand mehr durch die bisherige Buchführung findet, wie die jetzt von den Versicherten geforderten Angaben lehren. Die jetzige Rentenberechnung wird durch Festsetzung von Grundbeträgen und Steigerungssätzen beseitigt. Ebenso sollen die Waisenrenten und die bereits laufenden Renten erhöht werden.

Das überflüssige Landesökonomiekollegium.

Von unterrichteter Seite wird geschrieben: „Die „Deutsche Tageszeitung“ schlägt gewaltigen Lärm, weil der Preußische Landwirtschaftsminister Braun im Ausschuß der Landesversammlung erklärt hat, daß er das Landesökonomiekollegium für eine überflüssige Behörde halte, die dem Staat unnützes Geld koste und deren Auflösung er daher beim Staatsministerium wahrscheinlich in Kürze beantragen werde. Landwirtschaftsminister Braun hat sich damit nur auf einen Standpunkt gestellt, den vor ihm schon mehrere preußische Landwirtschaftsminister und auch das Abgeordnetenhaus selbst eingenommen haben, die alle von der Überflüssigkeit des Landesökonomiekollegiums überzeugt gewesen sind und die seine Auflösung lediglich deshalb nicht durchsetzen konnten, weil bei Hofe starke Stimmung für dieses Dekorationsstück der Landwirtschaft vorhanden war. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet das Vorgehen Brauns in ihrer merkwürdigen Auftre-

gunge als einen „Schlag“ gegen die Landwirtschaft. In Wirklichkeit werden landwirtschaftliche Interessen durch die Auflösung des Kollegiums gar nicht berührt. Die gesamte Tätigkeit, die das Landesökonomiekollegium jemals noch ausübte, bestand in einer Art Vermittlerrolle zwischen dem Landwirtschaftsministerium und den Organisationen der Landwirte. Eine Tätigkeit, die durch die Schaffung der Landwirtschaftskammern und des Verbandes dieser Institute gleichfalls ausgeschaltet worden ist. Es bleibt also rätselhaft, weshalb die „Deutsche Tageszeitung“ diesem Überbleibsel aus der vormärzlichen Rumpelkammer nachtrauert und der Landwirtschaft vorreden will, daß ihre Interessen durch die Auflösung des Kollegiums geschädigt würden.“

Der Mindestbedari (Existenzminimum) im Oktober.

Aus den bekannten Aufstellungen des Dr. Kuczynski ergibt sich als wöchentliches Existenzminimum eines Ehepaares mit 2 Kindern für Groß-Berlin: Ernährung 137 Mk., Wohnung 9 Mk., Heizung und Beleuchtung 22 Mk., Bekleidung 70 Mk., Sonstiges 79 Mk., insgesamt also 317 Mk. Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 26 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 39 Mk., für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6—10 Jahren 53 Mk. Der Jahresverdienst: 8150 Mk., 12 100 Mk., 16 550 Mk. Vom Oktober 1913 bis zum Oktober 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,90 Mk. auf 156 Mk., d. h. auf das 9,2 fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,45 Mk. auf 232 Mk., d. h. auf das 10,3 fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,95 Mk. auf 317 Mk., d. h. auf das 10,9 fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 10 Pfg. wert.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1919

zeigt nicht ein so starkes zahlenmäßiges Wachstum, wie man es in den Führerkreisen erhofft hatte. Am Schlusse des Berichtsjahres betrug der Mitgliederbestand 1 000 770; das bedeutet einen Zuwachs von 462 211 (85,8 %) gegenüber dem 31. Dezember 1918. Nur die Verbände der Heimarbeiterinnen und der Staatsarbeiter haben einen Mitgliederverlust zu verzeichnen; bei ersterem sank die Ziffer von 19 133 im Jahre 1918 auf 15 941 im Jahre 1919; die Mitgliederzahl beim Verbands der Staatsarbeiter verringerte sich von 7408 auf 5824.

Kriegsgräber.

Der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V., Charlottenburg 5, Königsweg 30“, hat in den letzten Monaten seiner Tätigkeit an mehreren französischen, belgischen und polnischen Orten deutsche Kriegsgräber bepflanzen und an Gedenktagen mit immergrünen Kränzen schmücken lassen. Er konnte vielen Angehörigen Auskünfte über den augenblicklichen Zustand der Gräber geben und ihnen behilflich sein, Grabstätten, auf denen die Grabzeichen fehlten oder die inschriften verwirrt waren, neu zu bezeichnen. Auch mit Italien, Serbien, Rumänien, Siebenbürgen, Litauen steht der Volksbund in Verbindung und ist bereits in vielen Fällen in der Lage, auf Grund örtlicher Feststellungen sichere Auskünfte zu geben.

Bekanntmachungen

Gaue und Ortsverwaltungen.

Essen, Verwaltung Industriebezirk. Am Sonntag, den 12. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, im Rest. Giese, Essen, Limbeckerplatz 23. wichtige Delegierten-Versammlung. Tagesordnung: Unsere Rechtsfrage in bezug auf den Gesetzentwurf über die Landwirtschaftskammer. Referent: Koll. Schaufelberger-Köln. Beratung der Landarbeiterfrage. Alle Delegierten sowie Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen bitte ich, zu dieser wichtigen Angelegenheit pünktlich erscheinen zu wollen. I. A.: Zinke.

Hamburg. Wie im vorigen Jahre, so werden wir auch diesmal den länger arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsunterstützung auszahlen. Wir bitten alle, welche am 15. 12. vier Wochen arbeitslos sind, sich unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches und mit Angaben über die Dauer der Arbeitslosigkeit, ob verheiratet, Zahl der Kinder u. dgl., bis 15. 12. im Büro zu melden. Ob spätere Meldungen berücksichtigt werden können, ist fraglich.

Hirschberg (Schl.). Vorsitzender: Martin Horlitz. Grunau (Riesengeb.) Nr. 60; Kassierer: Alfred Fischer. Hirschberg, Alte Warmbrunnerstr. Versammlungen jeden Dienstag nach dem 1. und 15. des Monats im „Goldenen Löwen“, abends 8 Uhr.